

Artikel vom 06.03.2022

Klimaneutrale Verwaltung

2030 als Ziel



Klimaneutralität ist das Ziel

Ergolding. Als Vorsitzende der CSU Ergolding hat es sich Martina Hammerl auf die Fahne geschrieben, Mitglieder in regelmäßigen Treffen über wichtige aktuelle kommunalpolitische Themen zu informieren sowie in vor Ort Gesprächen Lösungen zu Problemstellungen und örtlichen Fragestellungen zu finden. In einem aktuellen Treffen mit der Vorstandschaft stand der Grundsatzbeschluss des Bezirksausschusses zur Klimaneutralität im Fokus. Martina Hammerl informierte, dass der Bezirksausschuss einen weiteren und wichtigen Schritt im Hinblick auf Umwelt und Klima beschlossen habe. So solle bis zu Jahr 2030 das Ziel einer klimaneutralen Verwaltung auf Bezirksebene erreicht werden. Damit dieses Ziel auch erreicht werden könne, müssten CO2-Emissionen reduziert und schädliche Maßnahmen kompensiert werden. Ein großes Einsparungspotential liege dabei im Bereich der Baumaßnahmen, so Hammerl. Bislang wurde ein Großteil der Bau- und Lieferleistungen rein nach dem Kriterium „Preis“ vergeben. Weitere Qualitätskriterien, wie beispielsweise der Umwelt- und Nachhaltigkeitsgedanke, blieben dabei unberücksichtigt oder waren nur am Rande Thema. „Ich finde den vom Bezirk eingeschlagenen Weg der Klimaneutralität absolut richtig und werde mich dafür auch weiterhin engagiert einsetzen. Dies sowohl im örtlichen Marktgemeinderat, im Kreisausschuss und auch – wie bereits erfolgt – im Bezirksausschuss. Wir müssen auf allen politischen Ebenen durchdachte und sinnvolle Klimakriterien in unsere Entscheidungen mit einfließen lassen, damit Generationen nach uns auch einen lebenswerten Planeten vorfinden“, so Hammerl.

Aber was bedeutet das in der Praxis genau? Unter anderem auch auf diese Frage ging die CSU-Ortsvorsitzende ein. Verwendung heimischer Materialien, umweltschonende Herstellungsmethoden, kurze Transportwege, emissionsarme Fahrzeuge und umwelttechnisches Betriebsmanagement beauftragter Firmen werden zukünftig nur einige neue Faktoren, die in Auftragsvergaben des Bezirks Niederbayern bei Bauvorhaben über 100.000 Euro neben dem Preis mit einfließen, sein. Denn gerade in diesen Bereichen würden bei Baumaßnahmen deutlich CO₂-Einsparungen erreicht werden können. Die Gewichtung Preis/Nachhaltigkeit solle etwa bei 70 Prozent Preis und 30 Prozent Nachhaltigkeit liegen. Baumaßnahmen werden dadurch finanziell teurer werden, so Hammerl. Dennoch sollte und müsse dieser Weg gegangen werden.

Auf Zustimmung der CSU-Vorstandschaft stieß das Vorhaben von Martina Hammerl, dieses Thema und die mögliche Umsetzung auch an den Markt Ergolding heranzutragen. In einer sich anschließenden Diskussion spiegelten auch die örtliche CSU-Vorstandschaft eine sehr positive Zustimmung zum Beschluss des Bezirksausschusses wieder. Es bleibe zu hoffen, dass sich auch weitere Bezirke, Landkreise und Kommunen diesem Modell anschließen“, so der einhellige Tenor.

Text: Martin Puchinger